

Große Meinungsumfrage

Jeder Dritte ist mit dem Gesundheitssystem nicht zufrieden.

Fast jede beziehungsweise jeder Dritte ist aktuell mit dem deutschen Gesundheitssystem nicht zufrieden (30 Prozent). Das ist ein Ergebnis des TK-Meinungspuls 2025. In der repräsentativen Befragung hat das Forschungsinstitut Forsa im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK) erhoben, wie Menschen in Deutschland das Gesundheitssystem wahrnehmen. Die Unzufriedenheit hat sich seit 2021 verdreifacht: Damals gaben nur zehn Prozent der Befragten an, mit dem Gesundheitswesen nicht zufrieden zu sein. Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der TK: „Das ist eine Trendwende. In unseren Befragungen ist die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem bis 2021 kontinuierlich gewachsen, jetzt kehrt sich der Trend um. Das ist leider keine Überraschung: Seit Jahren steigt die finanzielle Belastung der Versicherten, gleichzeitig klagen Menschen vermehrt über lange Wartezeiten für Arzttermine. Viele haben gerade das Gefühl, dass dieses System, für das sie immer mehr zahlen, immer schlechter funktioniert.“ Diese Warnsignale dürfe die Politik nicht ignorieren. Prof. Wolfgang Schroeder ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf Demokratieforschung und erklärt, warum das Gesundheitssystem hohe Priorität für die Politik haben muss: „Ein funktionierendes Gesundheitssystem ist eine tragende Säule unseres Sozialstaats und damit enorm wichtig für das Vertrauen in die Demokratie. Wer Missstände im Gesundheitswesen zu lange ignoriert, spielt dem Populismus in die Hände.“

Frust über Facharzttermine: Wartezeiten für 62 Prozent ein Problem

Auch die Unzufriedenheit mit dem Angebot an Facharztpraxen ist gestiegen: 38 Prozent der Befragten sind damit weniger zufrieden oder unzufrieden, 2017 waren es noch 27 Prozent. Ein möglicher Grund dafür könnten die Wartezeiten auf Facharzttermine sein, mit denen 62 Prozent nicht zufrieden sind (2017: 50 Prozent). Damit Patientinnen und Patienten schneller Arzttermine bekommen, fordert die TK eine digitale Ersteinschätzung des medizinischen Bedarfs – noch bevor ein Arzttermin überhaupt vereinbart wird. Eine Ersteinschätzung kann gesundheitliche Probleme schnell einordnen und einen geeigneten Behandlungspfad empfehlen. Je nach Situation kann das eine digitale Selbstversorgung oder ein Termin in einer Haus- oder Facharztpraxis sein. Wer dringend behandelt werden muss, soll über eine digitale Terminplattform schnell einen Termin bekommen. „Wir müssen Patientinnen und Patienten mehr Orientierung

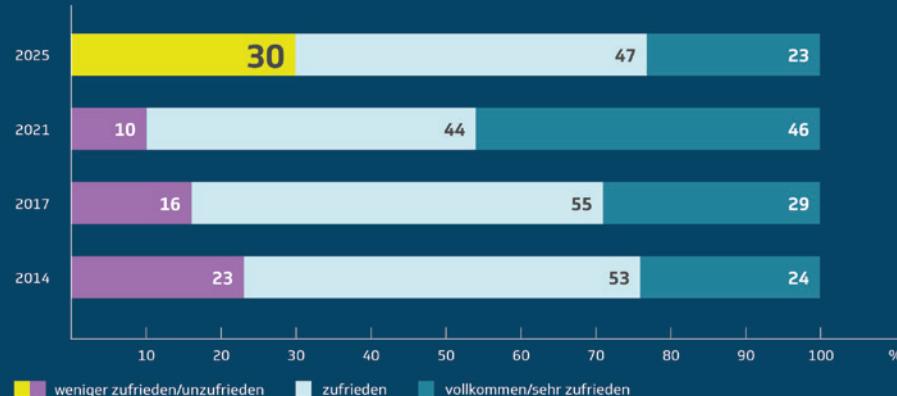
ANZEIGE

smiledental®

**INNOVATIONEN,
DIE SICH LOHNEN!**
TEL. 02102-154670
WWW.SMILE-DENTAL.DE

Trendumkehr: Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem sinkt

30 Prozent sind nicht zufrieden



Grafik/Quelle: TK-Meinungspuls 2025

Fast jede bzw. jeder Dritte ist derzeit mit dem Gesundheitssystem nicht zufrieden. Dieser Wert hat sich deutlich erhöht.

im Gesundheitssystem bieten, damit sie schneller zu den Arztpraxen kommen, in denen sie gut versorgt werden können. Eine zielpunktuare Versorgung entlastet auch die Ärztinnen und Ärzte“, so der TK-Chef.

94 Prozent rechnen mit Beitragssteigerungen

Die große Mehrheit der Befragten befürwortet stellenweise Reformen im Gesundheitssystem (73 Prozent), jede beziehungsweise jeder Fünfte sieht umfassenden Reformbedarf (21 Prozent). „Die Politik hat zu viele drängende Fragen ausgesessen, darunter die finanzielle Schieflage in der Kranken- und Pflegeversicherung, den Reformbedarf in der Notfallversorgung oder die Kostenexplosion bei Arzneimitteln“, so Baas. Politikwissenschaftler Schroeder sagt dazu: „Für eine stabile Demokratie ist es enorm

wichtig, dass alle Menschen gleichermaßen an einer guten Versorgung teilhaben können. Gleichzeitig müssen die Kosten für sie gut tragbar sein. Die stark steigenden Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung sind daher Grund zur Sorge.“ Mit 94 Prozent rechnet die große Mehrheit der Befragten damit, dass die Beiträge weiter steigen. TK-Chef

Baas: „Die neue Bundesregierung muss die Beitragsspirale stoppen. Die Beiträge sind auf über 17 Prozent gestiegen und Ende des Jahrzehnts werden sie bei 20 Prozent sein, wenn nichts passiert.“ Deshalb fordert die TK ein Sofortprogramm mit schnellen Ergebnissen: Ein höherer Herstellerrabatt auf neue Arzneimittel könnte zwei Milliarden Euro pro Jahr bringen. Und wenn der Bund seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Beiträge für Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger nachkommt, wäre das eine Entlastung von über neun Milliarden Euro jährlich.

„Die Politik hat zu viele drängende Fragen ausgesessen, darunter die finanzielle Schieflage in der Kranken- und Pflegeversicherung, den Reformbedarf in der Notfallversorgung oder die Kostenexplosion bei Arzneimitteln.“

Digitale Anamnese und Co.: Menschen offen für Veränderungen

Die Befragung zeigt zudem, dass die Menschen in Deutschland nicht nur Reformbedarf im Gesundheitswesen sehen, sondern auch bereit sind, sich auf Neues einzulassen. So finden es 89 Prozent der Befragten sehr gut oder gut, wenn Pflegekräfte oder medizinisches Fachpersonal bestimmte Aufgaben von Ärztinnen und Ärzten übernehmen. Auch die geplante Krankenhausreform stößt bei den Menschen auf Zustimmung: 72 Prozent der Befragten befürworten die Spezialisierung der Kliniklandschaft. Insbesondere Digitalisierung wird als Chance gesehen: 81 Prozent der Befragten buchen bereits Arzttermine online oder möchten dies in Zukunft tun. Zudem würden 77 Prozent ihre Krankengeschichte digital in einem Anamnesebogen vor einem Arzttermin erfassen. 75 Prozent möchten die elektronische Patientenakte (ePA) nutzen. 68 Prozent haben bereits eine Videosprechstunde genutzt oder möchten dies tun. Baas: „Dass die Menschen für Neues aufgeschlossen sind, ist eine wichtige Grundlage, um unser Gesundheitssystem voranzubringen. Doch auch hier ist die Politik gefordert. Sie muss dafür sorgen, dass Versicherte digitale Möglichkeiten so komfortabel wie möglich nutzen können. Zum Beispiel indem Anmeldeverfahren für digitale Services wie E-Rezept oder elektronische Patientenakte vereinfacht werden. Das Video-Ident-Verfahren muss auch im Gesundheitswesen genutzt werden können, wie es bei der Kontoeröffnung bei Banken Standard ist.“

Quelle: TK-Meinungspuls 2025

